

Arbeitskreis Räumliche  
Neuordnung der  
Stadtverwaltung VS

Protokoll der Sitzung  
am 29.04.2013

Nr. 2/2013

## **Ergebnisprotokoll**

über die **nicht-öffentliche** Sitzung des **Arbeitskreises Räumliche Neuordnung der Stadtverwaltung VS** am 29.04.2013 im Rathaus Schweningen.

**Beginn:** 18.00 Uhr

**Ende:** 20.15 Uhr

### **Anwesend sind:**

#### **1. Oberbürgermeister Dr. Rupert Kubon als Vorsitzender**

#### **2. Mitglieder des AK Räumliche Neuordnung:**

##### **Stadträtinnen und Stadträte:**

Bettecken, Friedrich (Stellvertreter)

Ettwein, Werner

Heggen, Ulrike (Stellvertreterin)

Hezel, Bernd

Dr. Lichte, Karl-Henning

Kunkis-Becker, Cornelia

von Mirbach, Hans-Joachim (hat bei TOP 2 die Sitzung verlassen)

Rothfelder, Michael

Schenkel, Bernd

Schurr, Edgar

Wildi, Dietmar

##### **Vertreter der Bürgerinitiative (BI):**

Nenno, Rudolf

##### **Externe Berater:**

Reichert, Martin

Ruther-Mehlis, Alfred

Wari, Simone

Wuttge-Greimel, Olaf

##### **Es fehlen:**

Bißwurm, Erich

Huy, Karin

Schnekenburger, Jürgen

#### **3. Von der Verwaltung:**

Bürgermeister Rolf Fußhoeller

Assfalg, Stefan

Glück, Ralf

Kech, Hans

Kleinhans, Dieter

Reuter, Tobias

Temme, Rainer

Wöhrle, Joachim

und Annette Lander als **Protokollführerin**

OB Dr. Kubon begrüßt die Teilnehmer zur zweiten Sitzung des Arbeitskreises Räumliche Neuordnung der Stadtverwaltung VS.

Das Protokoll aus der letzten Arbeitskreissitzung vom 27.03.2013 wird mit Ausnahme von Herrn Nenno von allen Teilnehmern angenommen. Herr Nenno legt gegen das Protokoll der ersten Sitzung Einspruch ein. Er habe es noch nicht erhalten und deshalb nicht prüfen können.

### **TOP 1: Vorstellen der externen Fachleute**

Der Arbeitskreis begrüßt die vier externen Fachleute, die der Gemeinderat in seiner Sitzung am 24.04.2013 in den Arbeitskreis berufen hat. Diese sind für den Bereich Architektur Herr Olaf Wuttge-Greimel (Architektenkammer), für den Einzelhandel Frau Simone Wari (GVO), für den Bereich Städtebau Herr Alfred Ruther-Mehlis (Institut für Stadt- und Regionalentwicklung IfSR der Hochschule Nürtingen-Geislingen) sowie für den Bereich Verwaltungsorganisation Herr Martin Reichert (Gemeindeprüfungsanstalt B.-W.). Anschließend folgt eine kurze Vorstellungsrunde aller Anwesenden.

### **TOP 2: Analyse der Gebäudedaten**

Das Amt für Gebäudewirtschaft und Hochbau legt dem Arbeitskreis, wie in der letzten Sitzung verlangt, detaillierte Gebäudesteckbriefe zu den Gebäuden Josefsgasse 7, Kanzleigasse 1, Obere Straße 4 und Rietstraße 8 vor (s. Anlage 1 a) bis d)) vor.

Der Arbeitskreis beklagt, dass die umfangreichen Unterlagen erst zur Sitzung verteilt wurden. Somit sei mangels Vorbereitung keine zielführende Behandlung des Themas möglich. Nach kontroverser Diskussion über die weitere Vorgehensweise bezüglich der Gebäudeanalysen einigt sich der Arbeitskreis darauf, jedes Gebäude für sich detailliert zu betrachten und über eine weitere Nutzung bzw. Teilnutzung als Verwaltungsgebäude zu entscheiden.

Herr Glück, Leiter des Bürgeramtes, welches größtenteils in der Josefsgasse 7 untergebracht ist, stellt den Mitgliedern des Arbeitskreises dieses Gebäude aus Sicht des Nutzers vor. Er geht darauf ein, dass das Gebäude weder barrierefrei noch in sonst einer Weise bürgerfreundlich ist. U.a. gibt es keinen Warteraum mit Tageslicht, es herrscht auf allen Stockwerken eine räumliche Enge, so dass die Besucher teilweise auf den Fluren warten müssen, was ein Durchkommen für jedermann erschwert. In einem Brandfall wäre hier eine Katastrophe vorprogrammiert. Vielen Bürgern fällt dieser Missstand auf, eine repräsentative Verwaltung wird hier nicht vorgezeigt. Doch auch die Mitarbeiter müssen unter sehr schweren Bedingungen arbeiten. Teilweise sind Arbeitsplätze in Küchen- und Kopierräumen untergebracht. Er stellt dar, dass das Gebäude nicht nur im Brandfall schlecht dasteht, sondern auch in der täglichen Arbeit und aus Sicht des Bürgers.

Aus den Reihen des Arbeitskreises wird gebeten zu prüfen, ob ein Anbau an das bestehende Gebäude die Situation verbessern würde oder ob es andere geeignete Ausweichmöglichkeiten gibt (z.B. das Gebäude der alten Polizeidirektion). Herr Reichert (GPA) weist darauf hin, dass hierbei aber nicht nur allein auf die passende Flächengröße zu achten sei, sondern auch darauf, ob es in die Organisationsstruktur passt usw. Er warnt davor, keine übereilten Entschlüsse für Einzelobjekte zu ziehen.

Als Hilfestellung für die weitere Beratung werden dem Arbeitskreis sog. Gebäudespinnen für eine differenzierte Darstellung gefertigt (z.B. Nettogeschossfläche pro Mitarbeiter).

Abschließend zu diesem Punkt trägt Herr Nenno die Meinung der Bürgerinitiative vor (s. Anlage 2).

Der OB verweist auf mögliche Kosten zur Sicherung von Optionen. Weiter sei beispielsweise das Gebäude der Polizeidirektion zu betrachten.

### **TOP 3: Weiteres Vorgehen hinsichtlich der Sofortmaßnahmen**

Das Amt für Gebäudewirtschaft und Hochbau stellt die erforderlichen Sofortmaßnahmen zur Sicherung des ersten und zweiten Rettungs-/Fluchtweges im Gebäude Josefgasse 7 vor. Zu diesem Zweck müssen zwingend Gerüsttreppen an beiden Giebelseiten errichtet sowie Brandschutztüren, Rauchmelder, Türdichtungen und ein zweiter Ausgang im Erdgeschoss eingebaut werden. Die beidseitige Anbringung der Gerüsttreppen begründet sich in der dadurch verbesserten Erreichbarkeit für die sich im Gebäude befindenden Personen. Aufgrund der hohen Nutzungsfrequenz des Bürgeramtes und der herrschenden Enge im Gebäude ist dies unerlässlich für die Sicherheit der Beschäftigten und der Besucher. Die Kosten für diese Sofortmaßnahmen belaufen sich auf ca. 160.000 Euro (bei Kauf der Gerüsttreppen). Kosten zur funktionalen Verbesserung (z.B. auch die Sicherung der Ausstiegsfenster gegen Einbruch) sind hierbei noch nicht berücksichtigt (s. Anlage 3).

Die Nutzbarkeit des Gebäudes verlängert sich je nach betriebenem Aufwand. Bei den aufgezeigten Maßnahmen ist von einer mittelfristigen Erweiterung der Nutzungszeit von ca. zwei bis drei Jahren auszugehen. Hervorzuheben ist, dass sich der Zustand des Gebäudes für die Verwaltungsnutzung durch diese Maßnahmen nicht verbessert. Es werden lediglich die Vorgaben des Brandschutzes abgegolten.

Aus den Reihen des Arbeitskreises kommt die Frage auf, ob diese Sofortmaßnahmen auch bei einem Neubau des Zentralen Rathauses angefallen wären. Dies wird bejaht, allerdings wäre dabei die Nutzungsdauer auf einen bestimmten Zeitraum und somit die Höhe der Investitionskosten beschränkt gewesen.

Der Arbeitskreis lehnt auf dieser Grundlage die Bewertung der Maßnahmen und deren Kosten ab. Eine Beschlussfassung dazu sei Aufgabe des Gemeinderats. Die

Sofortmaßnahmen für die Josefsgasse 7 werden daher dem Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung zum Beschluss vorgelegt.

Die brandschutzrechtlichen Mängel an dem Gebäude Kanzleigasse 1 wurden bereits vom Amt für Gebäudewirtschaft und Hochbau beseitigt. Es wurden Brandmeldeanlagen im Erdgeschoss eingebaut und das Obergeschoss für eine Personennutzung gesperrt.

Das Brandschutzgutachten für das Gebäude Obere Straße 4 ist derzeit noch in Bearbeitung.

#### **TOP 4: Sonstiges**

- Die Anliegen von Herrn Nenno (BI) aus seiner E-Mail vom 28.03.2013 haben sich im Rahmen der Sitzung erledigt.
- Die Protokolle der künftigen Arbeitskreissitzungen werden allen Teilnehmern im Entwurf zur Kenntnis zugesandt. Einwendungen gegen das Protokoll sind innerhalb einer Frist von einer Arbeitswoche beim Referat des Oberbürgermeisters einzureichen. Die Einwände werden dann in der Folgesitzung des Arbeitskreises erörtert. Nach Freigabe durch den Arbeitskreis wird das Protokoll als Ergänzung zu den ebenfalls dort publizierten Sitzungsunterlagen auf der städtischen Homepage veröffentlicht.
- Pressemitteilungen über die Arbeitskreissitzungen werden nicht erstellt.
- Die externen Fachleute werden grundsätzlich an allen Arbeitskreissitzungen teilnehmen, um den Prozess ständig zu begleiten. Darüber hinaus werden sie bei Bedarf über fachbezogene Themen referieren bzw. diese erläutern. Die Machbarkeitsstudie wird den externen Fachleuten als Arbeitsgrundlage zur Verfügung gestellt.

#### **Fazit**

OB Dr. Kubon gibt zu bedenken, dass der Arbeitskreis im Augenblick nur kleine Teilergebnisse erzielt. Allerdings ist eine sorgfältige und überlegte Vorgehensweise wichtig, um Konsens und eine breite Akzeptanz im Arbeitskreis, im Gemeinderat und insbesondere auch in der Bürgerschaft zu erreichen.

#### Zusammenfassung der Ergebnisse:

- Die Vorgehensweise zur Information der Öffentlichkeit wurde konkretisiert (abgestimmte Protokolle, Sitzungsunterlagen).
- Sofortmaßnahmen im Gebäude Josefsgasse 7 werden dem Gemeinderat zur Behandlung weitergereicht.
- Das Amt für Gebäudewirtschaft und Hochbau fertigt für die nächste Arbeitskreissitzung sog. 'Gebäudespinnen' pro Verwaltungsgebäude.

- Das Haupt- und Personalamt wird als ersten Tagesordnungspunkt für die nächste Arbeitskreissitzung den Entwurf eines Maßnahmen- bzw. Verfahrensablaufplans einbringen, um Einigkeit darüber zu erzielen, wie das gesamte Projekt 'Räumliche Neuordnung der Stadtverwaltung' weiter gehandhabt werden soll.
- Der Arbeitskreis wird sich weiter mit Überlegungen und Optionen zur Problemlösung befassen und diese in weiteren Verfahrensschritten auf ihre Verwendungsmöglichkeit prüfen.
- Im nächsten Arbeitskreis am 06.06.2013 werden sich die Teilnehmer weiter mit den vier besonders kritischen Verwaltungsgebäuden befassen und prüfen, ob bzw. in welchem Umfang eine weitere Nutzung als Verwaltungsgebäude in Frage kommt. Andere Verwaltungsgebäude werden danach analysiert.